

Das Ende einer Illusion.

ap. Das war eine Ueberraschung für die ganze Welt, die immer davon hatte reden hören, daß zwischen Sozialdemokraten und Bürgerlichen in Deutschland keine Gemeinschaft möglich sei, als ein Umstürzler zum ersten Vizepräsidenten des Reichstages gewählt wurde! Da zeigte sich wieder einmal, so schien es, daß man mit Bescheidenheit doch am weitesten in der Welt kommt. Mit Recht hat die „Neue Zeit“ bemerkt, daß ein sozialistischer Präsident sich bei einer bürgerlichen Mehrheit doch nicht halten kann. Wo der Feind regiert, kann man keinen Ehrenposten beanspruchen — aber vielleicht geht es, wenn man sich mit einem Nebenpöstchen begnügt, wo der Gegner keinen Anstoß an uns nimmt und unsere Anwesenheit duldet. Ob diese Bescheidenheit nun gerade für eine Partei angebracht ist, die die Massen zum Bewußtsein ihrer Ansprüche auf die Weltherrschaft erziehen will, lassen wir dahingestellt. Denn in der Praxis hat diese gute Absicht doch nichts genützt. In Wirklichkeit hat nicht unsere Bescheidenheit, unser Verzicht, sondern gerade unser Kampf für den ersten Präsidentenposten uns den zweiten in die Hände gespielt. Was aber für den Präsidenten gilt, gilt auch für seinen Stellvertreter, der dieselben Funktionen zu erfüllen hat. Er bleibt von der Gnade der bürgerlichen Mehrheit abhängig, die ihn nur so lange als Lückenbüßer duldet, als sie unter sich noch nicht einig geworden ist. Und so bleibt die rote Vizepräsidentenherrschaft nur eine heitere Episode bürgerlicher Verwirrung nach dem großen sozialistischen Wahlsieg.

Natürlich handelt es sich dabei nicht um den schönen Posten im Präsidium selbst. Sein Wert ist so gering, daß er auch mit der geringsten Konzession zu teuer erkauft gewesen wäre. Seine Bedeutung ist eine symbolische; die Verteilung der Posten im Präsidium ist ein Symbol, ein sichtbarer Ausdruck für das gegenseitige Verhältnis der Parteien im Reichstag. Ein sozialdemokratischer Vize, durch eine Mehrheit von Sozialdemokraten, Freisinnigen und Nationalliberalen gewählt und gestützt, bedeutet ein Zusammengehen dieser Parteien in der praktischen Politik. Damit wäre ein langgehegtes Ideal des Revisionismus

erfüllt; eine Schlachtordnung von links stände gegen rechts; ein liberal-sozialistisches Bündnis würde der Reaktion der Junker und Pfaffen ein Ende bereiten. Der erste Antrag unserer Fraktion an die beiden liberalen Fraktionen — an den die Nationalliberalen nicht beißen wollten — zusammen das Präsidium zu besetzen, wobei die Sozialdemokraten sich mit der zweiten Stelle begnügen wollten, bedeutete symbolisch einen Antrag zu einer politischen Arbeitsgemeinschaft im Reichstag, worin unsere Partei ihre speziellen Wünsche und Ansichten bescheiden zurückzustellen gewillt war.

Nun wären hier einige Bedenken wohl am Platze gewesen. Zu einer solchen Arbeitsgemeinschaft fehlen im hohen Maße die materiellen Vorbedingungen. Denn in der praktischen Politik haben Sozialdemokraten und Nationalliberale nichts gemeinsames — außer ein paar billigen Phrasen. Mit der Verteidigung der Arbeiterrechte muß man gerade diesen Vertretern des Unternehmertums kommen! Für eine Demokratisierung der Verfassung sind die Nationalliberalen natürlich auch nicht zu haben; und wenn sie für direkte Steuern plädieren, meinen sie damit etwas anderes als wir. Die Sozialdemokraten fordern direkte Steuern als Ersatz für die zu beseitigenden drückenden Verbrauchssteuern; die Nationalliberalen denken daran nicht, sondern forderten, Rüstungen durch direkte Steuern zu bezahlen unter Aufrechterhaltung der alten Steuern. Und was sie für den Kampf gegen die Reaktion wert sind, das hat ihre ganze bisherige Geschichte bewiesen. Weshalb sollten sie jetzt auf einmal anders sein? Wegen des Wahlausfalls? Ihre Aufgabe ist nicht, nach dem Willen der Wähler zu handeln, sondern für die Politik des Großkapitals die Wähler einzufangen. Zeigen diese sich unfähiger, so werden darob aus den Nationalliberalen keine demokratischen Reformer, sondern sie kommen bloß in die Notwendigkeit, die Volksmassen noch etwas mehr mit Phrasen, Versprechungen und Scheinreformen über ihre Politik zu täuschen. Dabei kann ihnen sogar ein bißchen Zusammengehen mit den Sozialdemokraten, wobei diese sie als Vertreter von Freiheit, Fortschritt und Arbeit loben, nur nützlich sein.

Die Politik, die auf eine sogenannte linke Mehrheit aus Liberalen aller Spielarten und Sozialdemokraten spekuliert, ist eine Politik der Illusionen, die notwendig mit Enttäuschungen enden muß. Sie ist nur möglich, wo man den Blick auf das Parlament heftet, hinter den Par-

teien nicht die Klassen sieht und diese Parteien nur nach ihren Losungen und Phrasen, nicht nach ihrer Stellung im großen gesellschaftlichen Klassenkampf beurteilt. Gewiß, die Politik ist ein Kampf der Parteien um Macht. Aber Parteien sind nur Gebilde der Oberfläche, die untertauchen oder emporkommen durch die Aenderungen in der Tiefe der wirklichen, lebendigen Gesellschaft. Wandlungen in dem Charakter, in den Interessen der Klassen, die sie vertreten, können sie von ihrer Machthöhe plötzlich herunterpurzeln lassen, wie die Fortschrittler im Jahre 1866, die Nationalliberalen im Jahre 1878, oder sie zum Aufgeben ihrer alten Prinzipien zwingen, wie die letzten Jahre bei Zentrum und Freisinn zeigten. Vielleicht fällt morgen die nationalliberale Partei in eine freikonservative und eine freisinnige Hälfte auseinander, wozu die Schwenkung des Freisinns ins Lager des Imperialismus die Möglichkeit geschaffen hat. Wer also seine Politik auf den Grundsatz baut, daß eine Partei wie die nationalliberale durch den Willen zur Macht, durch Konsequenz und Streben nach Selbstachtung und Selbsterhaltung als Partei getrieben wird — statt durch die Interessen und das Klassenempfinden der Bourgeoisie — baut auf Flugsand, oder um in dem eben benutzten Bilde zu bleiben, auf treibende Schollen.

Am klarsten trat dieser Standpunkt in der Rede des Genossen David hervor. Sonnenklar bewies er, daß es für die Nationalliberalen keinen anderen Weg gibt, als sich der Linken anzuschließen; daß sie den letzten Rest ihres Ansehens einbüßen und sich selbst zu Grunde richten würden, wenn sie wieder ins Garn der Junker und Pfaffen gingen. Aber siehe da: kaum hatte er seine Rede beendet, als sofort, gleichsam als Antwort, die Nationalliberalen jene Komödie der Mißverständnisse aufführten, die dem ausgesprochenen Ziele dienen sollten, den Anschluß nach rechts anzubahnen. Man kann es verstehen, daß ein Teil unserer Parteipresse es als eine Herabwürdigung der Debatte empfand, daß nach einer so wundervollen schönen Rede auf einmal mit so roher Hand das Traumgebilde der liberal-sozialistischen Arbeitsgemeinschaft zerrissen wurde.

Aber gerade in dieser Weise, die Sache vom ästhetischen Standpunkte darzustellen, liegt eine Herabwürdigung der großen Bedeutung des Parlamentarismus in unserem Kampfe. Das Parlament ist nicht dazu da, sich an schönen Reden zu ergötzen, sondern das Proletariat über die Wirklichkeit des Klassenkampfes aufzuklären. Einmal durch die Reden unserer Vertreter, ein andermal durch die Taten

unserer Feinde. Wenn mitunter die Taten unserer Feinde diese Aufklärung entgegen den Reden unserer Vertreter besorgen müssen, soll man sich darüber nicht ärgern. Wenn eine sozialdemokratische Rede, die eine unwirkliche Illusion verflucht, durch die Taten der Gegner, ob schön oder un- schön, korrigiert wird, so kann man nur dankbar die Klarheit, die sie schafft, weiter verbreiten. Die marxistische Auffassung hat hier noch mehr Recht bekommen, als sie je behauptet hat. Sie behauptet nicht, daß eine zeitweilige politische Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitern und Bourgeoisie ganz unmöglich ist; sie behauptet bloß, daß dabei für das Proletariat nichts Ersprießliches, und meist eine direkte Schädigung herauskommt. Hier aber ist schon der Versuch an dem Klasseninstinkt der liberalen Bourgeoisie gescheitert.

In der „Neuen Zeit“ wird dieser Versuch der Fraktion damit verteidigt, daß auch in der Politik Probieren über Studieren geht. Man ist bekanntlich dieser Grundsatz, der auf dem Kölner Gewerkschaftskongreß als Parole für den Massenstreik aufgestellt wurde, nicht gerade ein marxistischer, noch stimmt er zu den Prinzipien, die sonst in der „Neuen Zeit“ verfochten wurden. Und wie falsch er ist, tritt gerade an dem vorliegenden Fall klar hervor. Hat man beschlossen, einmal zu probieren, ob es mit der großen Linken nicht geht, so muß dazu alle Kraft angewandt werden; in Zeitungsartikeln und Reichstagsreden sucht man die Liberalen davon zu überzeugen, daß nach allen Regeln der Logik und der Politik ihr Platz neben uns ist. Natürlich täuscht man diese Herren nicht über ihre Interessen; sie sind selbst schlaue genug. Aber man täuscht dadurch die Arbeiterleser über die wirklichen Verhältnisse. Statt Aufklärung trägt man durch diese Politik des Probierens Verwirrung in ihre Köpfe; und während man nichts wesentliches erreicht, werden die Quellen unserer Kraft angetastet. —